

Montag, 24. Oktober 1977

Blatt 2609

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS
ausgesendet:

(violett)

Wiener Wochen in Madrid eröffnet

Kommunal:

(rosa)

Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat

Lokal:

(orange)

Heuer voraussichtlich 8.000 Autowracks in Wien
Großeinsatz der Verkehrsbetriebe zu Allerheiligen
Bezirksvorsteher Schmiedbauer saß Modell

Wirtschaft:

(blau)

Deutsche Auszeichnung für Stadtrat Mayr

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

.....
bereits am 22. oktober 1977 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :

=====

wiener wochen in madrid eroeffnet

7 wien, 22.10. (rk) in madrid eroeffnete freitag abend buergermeister leopold g r a t z die erste offizielle kulturveranstaltung oesterreichs in spanien seit dem ende des franco-regimes. auf einladung der madrider stadtverwaltung ist wien fuer 14 tage mit "wiener wochen" im kulturzentrum der stadt madrid zu gast. mittelpunkt der veranstaltung ist eine grosse ausstellung ueber wien, bei der die kulturellen, sozialen und touristischen leistungen wiens in den vordergrund gestellt werden und auch auf die vielfaeltigen historischen beziehungen zwischen oesterreich und spanien eingegangen wird. besonderen beifall fanden bei der eroeffnung die wiener saengerknaben, die in madrid zwei konzerte geben werden.

buergermeister gratz nahm aus anlass seines besuchs in der spanischen hauptstadt an einer sitzung des madrider stadtsenats teil und wuerdigte in seiner rede die grosse bedeutung der demokratischen entwicklung in spanien.

nach dem ende der wiener wochen in madrid wird die wien-ausstellung, die vom fremdenverkehrsverband fuer wien organisiert wurde, nach barcelona uebersiedeln und dort ab ende november zu sehen sein.

(fvv)

1122

L o k a l :

=====

heuer voraussichtlich 8.000 autowracks in wien

1 wien, 24.10. (rk) die zahl der autowracks in wien steigt staendig. wurden im jahre 1975 mehr als 5.600 schrottreife fahrzeuge abgeschleppt, waren es im vorjahr bereits mehr als 6.800. fuer heuer wird ihre zahl auf rund 8.000 geschaezt.

dieser tage stattete der amtsfuehrende stadtrat fuer staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz, heinz n i t t e l , zu dessen geschaeftsgruppe auch die beseitigung von autowracks gehoert, der firma voest-alpine rohstoffhandels-gesellschaft m.b.h. in laxenburg einen besuch ab, um sich von der verschrottung anfallender wiener autowracks zu ueberzeugen. dieses unternehmen verarbeitet die von wien gelieferten wracks in einer shredderanlage zu schrott fuer den einsatz in der stahlindustrie. auch hier sind die produktionszahlen steigend: von 3.843 im jahre 1975 ueber 5.281 im vorjahr, heuer wird hier eine verschrottung von etwa 6.000 wiener autowracks erwartet.

in diesem zusammenhang richtet stadtrat nittel an die wiener das ersuchen, schrottreife autowracks zur abschleppung anzuzeigen beziehungsweise, wenn es sich um das eigene fahrzeug handelt, zur beseitigung anzumelden. wahrnehmungen ueber fremde autowracks meldet man in der stadtinformation tel. 43 89 89 oder bei der magistratsabteilung 48, tel. 55 16 11 - klappe 282 oder 215 (durchwahl). will man ein eigenes autowrack beseitigen lassen, kann man in jedem wachzimmer oder bei den autofahrerclubs eine verzichtserklaerung beheben und sendet sie im beigegebenen kouvert samt typenschein, zulassung und schluessel ein (adresse vorgedruckt). in diesem fall ist die wrackbeseitigung kostenlos. falls eine anzeige erstattet und der wrackbesitzer ausgeforscht wird, muss eine entsprechende gebuehr fuer die beseitigung bezahlt werden. (wfz)

0859

L o k a l :

=====

verkehrsbetriebe fuer grosseinsatz zu allerheiligen geruestet

2 wien, 24.10. (rk) insgesamt 865.000 fahrgaeste befoerderten die wiener verkehrsbetriebe im vergangenem jahr um allerheiligen zu und von den friedhoefen. mit aehnlichen besucherzahlen ist auch heuer zu rechnen. die verkehrsbetriebe sind darauf jedenfalls vorbereitet: bis zu 90 zuege in der stunde werden am 1. november in spitzenintervallen von 45 sekunden den verkehr vom und zum zentralfriedhof bewaeltigen. mehr als 2.000 bedienstete werden im einsatz sein. bereits ab mittwoch, den 26. oktober, verstaerken die wiener verkehrsbetriebe im gesamten netz die linien, die fuer den friedhofsverkehr von bedeutung sind.

zum zentralfriedhof wird in der zeit von mittwoch, den 26. oktober, bis mittwoch, den 2. november, zusaetzlich zur linie 71 (ab schwarzenbergplatz) auch die linie 6 (mariahilfer strasse/westbahnhof - guertel - matzleinsdorfer platz - geiselbergstrasse) gefuehrt. am diensttag, den 1. november, fahren ausserdem folgende linien zum zentralfriedhof:

- 22: reichsbruecke - invalidenstrasse - landstrasser hauptstrasse,
- 29: wexstrasse - praterstern - invalidenstrasse - landstrasser hauptstrasse,
- 35: althanstrasse/newaldgasse - porzellangasse - ring - rennweg,
- 46: joachimsthalerplatz - thaliastrasse - ring - rennweg und zurueck ueber ring - josefstaedter strasse - blindengasse - thaliastrasse.

am 1. november werden zuege der linie 6 auch ab urban loritzplatz gefuehrt. die linie t wird an diesem tag in der zeit von 7.55 uhr bis 16.48 uhr ab ring, boerse, eingestellt. selbstverstaendlich werden auch die linien zu den verschiedenen kleineren friedhoefen entsprechend verstaerkt. das auto daheimzulassen, ein oeffentliches verkehrsmittel zu benuetzen und sich damit die parkplatzsuche bei den friedhoefen zu ersparen, waere zu allerheiligen daher zweifellos einer ueberlegung wert. (ger)

L o k a l :

=====

kuenstlerische volkshochschule:

bezirksvorsteher schmiedbauer sass modell

3 wien, 24.10. (rk) die meisterklasse der kuenstlerischen volkshochschule (alsergrund, lazarettgasse 27) unter leitung von prof. gerda matejka - felden hat heuer ein interessantes portraetprogramm gewaehlt: prominente sitzen modell. nach bundespraesident dr. rudolf kirchschlaeger, vizebuergermeisterin gertrude froehlich-sandner, hans weigel, gesundheitsministerin dr. ingrid leodolter und stadtrat dr. erhard busek, sass nun der bezirksvorsteher vom alsergrund, karl schmiedbauer, der die ambitionen der kuenstlerischen volkshochschule stets unterstuetzt, den eleven der meisterklasse modell.

aber auf der liste der portraetierkuenstler stehen heuer noch weitere prominente: josef holaubek, dr. fred sinowatz, dr. hertha firmberg, dr. christian broda, dr. viktor matejka, franz olah und prof. dr. friedrich heer. (am)

0904

w i r t s c h a f t :

=====

deutsche auszeichnung fuer stadtrat mayr

9 wien, 24.10. (rk) die deutsche handelskammer in oesterreich ehrte montag finanz- und wirtschaftsstadtrat hans m a y r mit einer hohen auszeichnung. der praesident der deutschen handelskammer in oesterreich, senator kommercialrat anton h i n t e r e g g e r ueberreichte dem stadtrat die grosse silberne medaille fuer besondere verdienste um die deutsche handelskammer in oesterreich und um die deutsch-oesterreichischen wirtschaftsbeziehungen. an der ehrung nahmen neben den vorstandsmitgliedern der deutschen handelskammer in oesterreich handelsminister dr. josef s t a r i b a c h e r und in vertretung des deutschen bundesministers dr. ertl staatssekretaer fritz l o g e m a n n teil. (sei)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag

7 wien, 24.10. (rk) unter dem vorsitz seines 3. praesidenten fritz h a h n (oevp) trat der wiener landtag am montag zu einer sitzung zusammen.

krankenanstaltengesetz

stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r referierte ueber eine aenderung des wiener krankenanstaltengesetzes, durch die die gebuehren fuer begleitpersonen, die mit den patienten in das spital aufgenommen werden, verringert werden. diese aenderung bringt namentlich fuer muetter, die mit ihren kindern aufgenommen werden, eine erleichterung.

abg. dr. marilies f l e m m i n g (oevp) erklarte, dass diese aenderung nur einem zufall zu verdanken sei, naemlich der initiative einer gruppe engagierter muetter. die erfuellung zahlreicher anderer forderungen der oevp zur schaffung patientenfreundlicher spitaeler - die lockerung der besuchszeiten, die einfuehrung von tagen der offenen tuer in den kinderspitaelern, die schaffung von mutter-kind-zimmern - stehe noch aus.

abg. h a n k e (spoe) bezeichnete die nunmehrige aenderung des krankenanstaltengesetzes - die auch einem wunsch der kinderfreunde entspreche - als einen wesentlichen schritt zum kinder- und familienfreundlichen krankenhaus, der durch weitere massnahmen ergaenzt werden wird. die gemeinsame aufnahme von kind und mutter sei nun auch fuer weniger bemittelte familien moeglich.

stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r erklarte in seinem schlusswort, dass in den letzten jahren sehr viel getan wurde, um die krankenhaeuser humaner zu machen, mehr jedenfalls als in vielen jahrzehnten vorher. stacher erinnerte an die mindestens einstuendige taegliche besuchszeit in kinderspitaelern, an versuche, neugeborene kinder bei den muettern zu lassen, an versuche mit speiseraeumen fuer gehfaehige patienten. die humanisierung des krankenhauses sei un-

unterbrochen im gang. es sei leicht, dauernd forderungen zu stellen, ohne den krankenhausbetrieb und seine probleme zu kennen. eine voellige freigabe der besuchszeiten zum beispiel sei auch nicht im interesse der patienten gelegen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

opferfuersorgeabgabegesetz

stadtrat m a y r referierte ueber die vorlage ueber die aenderung des opferfuersorgeabgabegesetzes. dieses gesetz, das ende 1977 auslief, soll bis 1981 verlaengert werden. dies bedeutet, dass von kinokarten auch weiterhin ein beitrug - 10 groschen fuer karten unter 10 schilling, 20 groschen fuer karten ueber 10 schilling - fuer die opferfuersorge eingehoben werden kann. die hoehe der abgabe ist seit 1959 unveraendert geblieben und betraegt 0,6 prozent des durchschnittspreises einer kinokarte.

abg. k r e n n (fpoe) kritisierte, dass die leistungen fuer die opferfuersorge ausschliesslich einer kleinen branche aufgebuerdet werden, die sich zudem in wirtschaftlichen schwierigkeiten befindet. die opferfuersorge muesse eine aufgabe der allgemeinheit sein. er stellte den a n t r a g , das gesetz auslaufen zu lassen und die leistungen der opferfuersorge durch subventionen der stadt wien sicherzustellen.

abg. s c h n e i d e r (oevp) wandte sich ebenfalls dagegen, dass nur die kinobranche fuer die opferfuersorge aufkommen muesse. die hoehe der abgabe belaufe sich auf durchschnittlich 15.500 schilling fuer jeden kinobesitzer. in anbetracht der wegen der sinkenden rentabilitaet der kinos notwendigen strengen kalkulation sei der betrag von 20 groschen pro karte zu einem echten kostenfaktor geworden. wegen der mehrwertsteuer sei ein nur die besucher von kinos treffender aufschlag nicht moeglich. fuer die opferfuersorge muessten allgemeine budgetmittel zur verfuegung gestellt werden.

stadtrat m a y r erklarte in seinem schlusswort, dass sich die argumentation der opposition auf der linie bewege, einnahmen abzulehnen und ausgaben zu fordern. im vorjahr seien wesentliche steuerliche erleichterungen fuer die kinobetriebe geschaffen worden. im juli 1976 gab es 86 kinos in wien, die von 354.000 menschen besucht wurden und einnahmen von 9,9 millionen schilling erzielten. im

juli 1977 kamen dagegen 413.000 besucher in 82 kinos und brachten einnahmen in der hoehe von 12,3 millionen schilling. waehrend die einnahmen also wesentlich hoeher geworden sind, wurde die vergnuegungssteuer im selben zeitraum um 24 prozent geringer. sie betrug im juli 1976 765.000 schilling, im juli 1977 nur 580.000 schilling. der besucherschwind der kinos sei gebremst worden, wenn auch grundsaeztliche technische veraenderungen und geaenderte freizeitgewohnheiten nicht negiert werden koennen.

a b s t i m m u n g : die vorlage wurde mit den stimmen der spoe angenommen. der fpoe-antrag wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt. (ger) (schluss)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1):

8 wien, 24.10. (rk) der wiener gemeinderat trat montag unter vorsitz von gemeinderat franz s c h r e i n e r (spoe) zu einer sitzung zusammen. in der sitzung wurden drei a n f r a g e n der oevp und zwei der fpoe eingebracht. die oevp forderte die dringliche behandlung eines a n t r a g e s ueber die einfuehrung eines nachtflugverbotes auf dem flughafen wien-schwechat. dieser antrag wird noch vor ende der gemeinderatssitzung verlesen und behandelt.

folgende antraege wurden zur behandlung an die zustaendigen gemeinderatsausschuesse ueberwiesen: ein antrag der spoe, eine fahrt ins gruene fuer behinderte durchzufuehren und ein antrag der fpoe, die zahlungen fuer die errichtung des zweiten kernkraftwerkes in st. pantaleon einzustellen. die oevp beantragte, entlang der vorortelinie eine autobuslinie einzufuehren, sicherheitsvorschriften fuer hochhaeuser auszuarbeiten, ein recycling-verfahren fuer altpapier einzufuehren, mutter-kind-heime fuer gefaehrdete frauen zu errichten, die feuerwache landstrasse rasch fertigzustellen, die erholungslandschaft um das blaue wasser in wien-simmering zu erhalten und die authentische interpretation eines gemeinderatsbeschlusses durchzufuehren. die bezirksvertretung des 14. bezirkes beantragte die elektrifizierung der vorortelinie und die einbindung dieser linie in das schnellbahnnetz sowie den bau eines kombinierten frei- und hallenbades im bezirk.

gr. l u d w i g (spoe) wurde anstelle von gr. s e v c i k (spoe) fuer den bautenausschuss nominiert.

ausstellung im kuenstlerhaus

gr. franziska f o h l e r (fpoe) beantragte als berichter-
statterin, fuer eine ausstellung "kinderkunst aus acht jahr-

zehnten" im wiener kuenstlerhaus einen foerderungszuschuss aus den mitteln des kulturschillings in der hoehe von 250.000 schilling zu genehmigen. gr. prof. b i t t n e r (oevp) sprach sich gegen die bedeckung aus dem kulturschilling aus. sinnvoller waere es, diese ausstellung aus allgemeinen kulturmitteln zu foedern. ein dementsprechender abaenderungsantrag fand nur die zustimmung der oevp und fpoe.

foerderung von jungfilmern

gr. h a n k e (spoe) stellte den antrag, fuer die foerderung von verschiedenen vorhaben von jungfilmern eine summe von 350.000 schilling zur verfuegung zu stellen. gr. dkfm. b a u e r (fpoe) sprach sich gegen die foerderung eines projektes eines herrn florian schullers im ausmass von 50.000 schilling aus. unter dem titel "bewusstmachungsprozesse fuer die sensibilisierung der sinnesorgane" werden projekte wie das abfuellen von staub in plastiksaecken verstanden. schuller erhielt in der vergangenheit eine achtmonatige kerkerstrafe wegen der beleidigung einer kirche und der verletzung der pornographiebestimmungen und fiel durch ein anti-happening in koeln auf. in letzter zeit gruendete er in wien einen magischen kunstkreis. derartiger unsinn sollte aus oeffentlichen steuermitteln nicht finanziert werden, erklarte bauer abschliessend.

gr. hanke erwaehte in seinem schlusswort, dass alle angefuehrten persoenlichkeiten empfehlungen der filmakademie erhalten haben. der vorliegende antrag wurde im zustaendigen kulturausschuss ausfuehrlich geprueft.

a b s t i m m u n g : mit ausnahme der foerderung von herrn schuller (oevp und fpoe stimmten dagegen) wurden alle anderen foederungen einstimmig angenommen. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (2):

meidlinger hauptstrasse

10 wien, 24.10. (rk) str. b o e c k (spoe) referierte zwei antraege betreffend die meidlinger hauptstrasse: den ausbau der fussgaengerzone von rauchgasse bis sechtergasse mit voraussichtlichen kosten von 7 millionen schilling sowie die genehmigung von 245.000 schilling fuer die projektierungsarbeiten des strassende-tailprojektes. dem wunsch der geschaeftsleute, den weihnachtsein-kauf nicht zu stoeren, wird rechnung getragen. heuer wird nur eine seite hergestellt, die zweite im naechsten fruehjahr.

gr. dkfm. b a u e r (fpoe) erklaerte, dass die fpoe grund-saetzlich fuer fussgaengerzonen ist und urspruenglich auch dem pro-jekt meidlinger hauptstrasse zugestimmt hat, weil es als wirtschafts-foerdernd dargestellt worden ist. nach einem jahr erfahrung ergibt sich das gegenteil. es gibt umsatzeinbussen bis zu 80 prozent, der shopping-city-sued werden die kaeufer zugetrieben. die ursache dafuer ist, dass die meidlinger hauptstrasse hauptsaechlich einkaufsstrasse fuer kunden von anderen bezirken war, und diese keine zufahrtsmoeg-lichkeit mehr haben. die notwendigen park- und zufahrtsgelegenheiten sind nicht vorhanden. auch fuer die anrainer sind die verkehrsbe-lastungen nicht geringer geworden. die fpoe hat daher schon mehrmals beantragt, die fussgaengerzone aufzulassen.

gr. h o f f m a n n (oevp) erklaerte ebenfalls, dass frueher ein grosser teil der umsaetze von nicht-meidlingern getaetigt wurde, besonders aus den suedlichen bezirken. der autoverkehr war daher wichtig, er wurde jedoch abgesperrt. das netz von umleitungen ist zu kompliziert. der umsatzrueckgang, der schliesslich zu steuereinbussen fuehrt, sollte den finanzstadtrat aufhorchen lassen. das projekt wird nicht sieben, sondern wahrscheinlich 30 millionen kosten - eine

investition, die zu steuerverlusten fuehrt. auch habe die lebens-
qualitaet gelitten, bewohner der umliegenden strassen wurden in eine
'verkehrshoelle' gestuerzt. schliesslich ist die sicherheit fuer
kinder in der hauptstrasse nicht gegeben, weil nach wie vor die
strassenbahn dort durchrast. gr. hoffmann verlangte in
a b a e n d e r u n g s a n t r a e g e n d i e a b -
s e t z u n g d e r b e i d e n g e s c h a e f t s s t u e c k e .

gr. elisabeth s c h i n d l e r (spoe) sagte, dass mit der
verwirklichung der fussgaengerzone der wunsch breiter bevoelkerungs-
kreise erfuellt wird. die verkehrsarme zone geht zurueck auf die ver-
kehrsfreien einkaufssamstage vor weihnachten, die den geschaefts-
leuten umsatzsteigerungen gebracht haben. unter dem druck der
shopping-city-sued wurde von einem beratungskomitee der gemeinsame
beschluss zur schaffung der definitiven fussgaengerzone gefasst. eine
befragung der bevoelkerung durch das ifes-institut ergab 94 prozent
fuer- und 6 prozent gegen-stimmen. wenn die umsatzwartungen nicht
eingetroffen sind, so sind dafuer andere gruende massgeblich. eine
gleiche entwicklung gibt es auch in der reinprechtsdorfer strasse
seit die scs besteht. die geschaeftsleute muessten sich mehr auf
diese konkurrenz einstellen. was die parkplaetze betrifft, ergab die
umfrage, dass jetzt nur um 5 prozent weniger autokunden kommen.
parkplaetze hat es auch schon frueher kaum gegeben, weil sie von den
geschaeftsleuten selbst verparkt waren.

str. n e k u l a (spoe) wies darauf hin, dass auch die fuss-
gaengerzone stephansplatz-kaerntner strasse zunaechst abgelehnt
worden war, nach einem erfolgreichen versuch vom gleichen personen-
kreis aber definitiv verlangt wurde. aehnlich ist es in meidling:
die wiener handelskammer hatte massnahmen gegen die konkurrenz der
scs verlangt. ein bezirkskomitee, bestehend aus den bezirksvertre-
tern und vertretern der handelskammer, entschied sich fuer die fuss-
gaengerzone. zugegeben, dass die strasse derzeit zu wenig attraktiv
ist. das soll aber gerade durch die ausgestaltung behoben werden.
widerspruechlich ist es, wenn in einem atemzug behauptet wird, dass

einerseits eine "verkehrshoelle" entstanden ist und man andererseits mit dem auto gar nicht mehr hinkommt. was die "dahinrasende" strassenbahn betrifft, so faehrt sie mit einer hoechstgeschwindigkeit von 25 km/h. die sicherheit ist gegeben, seit der verkehrssarmen zone koennen erstmals frauen mit kindern und kinderwagen ohne gefahr ihre einkaueufe taetigen. hingegen hat sich die geschwindigkeit der strassenbahnlinie erhoeht, weil es in zweiter spur parkende autos nicht mehr gibt und daher keine verspaetungen entstehen. die fahrgaeste wissen das sehr zu schaetzen. im uebrigen gibt es einen grossenteil von geschaeftsleuten, wenn nicht die mehrheit, die durchaus die fussgaengerzone begruessen. ein abwaegen der interessen der gesamten bevoelkerung spricht fuer die fussgaengerzone.

gr. h o f f m a n n (spoe) erklarte in einer nochmaligen wortmeldung, dass die bisherigen massnahmen sicher mit gutem willen geschehen sind. wie will man aber die umsaetze verbessern, wenn die strasse weiterhin abgesperrt bleibt? im uebrigen setze er sich nicht nur fuer die geschaeftsleute ein, sondern auch fuer jene buerger, die durch den verkehr gestoert werden.

im s c h l u s s w o r t stellte str. b o e c k klar, dass die bauarbeiten nicht laenger dauern werden als notwendig. ueberdies werde in etwa elf monaten die neue philadelphia-bruecke fertig werden. ein rueckfluss der kunden sei damit zu erwarten.

a b s t i m m u n g : die beiden antraege wurden mit den stimmen der spoe angenommen. die absetzung wurde abgelehnt. (smo) (forts)
1349

gemeinderat (3):

studie

11 wien, 24.10. (rk) gr. d i n h o f (spoe) beantragte, dem institut fuer wohlstandsanalysen den auftrag fuer die studie "Lebensniveaugleich zwischen dem staedtischen und dem laendlichen raum" in einem kostenrahmen von 270.900 s zu erteilen. es handle sich darum, die lebensverhaeltnisse in der bundeshauptstadt mit jenen in den laendern zu vergleichen, das material werde fuer die finanzausgleichsverhandlungen benoetigt.

stadtrat dr. g o l l e r (oevp) bezeichnete die genannte studie als ueberfluessig, weil die bundeshauptstadt und die landeshauptstaedte bei den finanzausgleichsverhandlungen partner seien. vermutlich deshalb sei der auftrag erweitert worden, und zwar zu einem vergleich der lebensverhaeltnisse in wien und dem laendlichen raum. trotzdem werde die studie jedoch nichts bringen, da sie erst ende 1978 fertiggestellt sein wird - also zu einem zeitpunkt, da der finanzausgleich laengst im parlament beschlossen sei. vermutlich handle es sich bei diesem auftrag an ein postfach-institut um eine indirekte subvention. seine fraktion werde dem antrag n i c h t zustimmen.

gr. dinhof (spoe) sagte im schlusswort, die studie werde auf wunsch von finanzstadtrat mayr durchgefuehrt. das ergebnis der meinungsbefragung ueber die verschiedenen lebensverhaeltnisse werde sehr wohl noch fuer die finanzausgleichsverhandlungen brauchbare resultate erbringen, ausserdem seien die ergebnisse auch aus allgemein wirtschaftlichen gruenden interessant.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe.

baugrund

der naechste tagesordnungspunkt betraf eine baugrundtransaktion. gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe) beantragte, einen bereits mit beschluss des gemeinderats vom 28. maerz 1977 genehmigten gundverkauf zwischen der stadt wien und der "gesiba" - es handelt sich um ein grundstueck in gross jedlersdorf, - durch zusaetzlichen verkauf einer teilflaeche zu erweitern.

gr. k r e n n (fpoe) nahm, da das grundstueck siedlungszwecken dienen soll, zum siedlungsprogramm der gemeinde wien stellung. am "tag der offenen tuer" 1976 habe man zwei in zusammenarbeit mit der voest entwickelte siedlungshaeuser bewundern koennen, spaeter meldete die "az" mehr als 2.000 interessenten fuer das siedlungsprogramm. der freiheitlichen fraktion sei es jedoch nicht gelungen, exakte unterlagen ueber dieses programm zu erhalten, weshalb er eine anfrage an vizebuergemeister p f o c h (spoe) richtete.

in seinem schlusswort stellte gr. ing. h o f s t e t t e r fest, dass im ersten jahr die errichtung von 500 siedlungshaeusern

durch gemeinnuetzige wohnbauunternehmen und der bau von 100 einfamilienhausern - insgesamt also 600 einheiten - vorgesehen sei. wieviele einheiten in spaeteren jahren errichtet werden koennen, wird von den zur verfuegung stehenden grundstuecken abhaengen. der berichterstatter beantragte, die anfrage gr. krenns dem gemeinderatsausschuss wohnen zuzuweisen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (we) (forts.)

1406

gemeinderat (4):

subventionen

12 wien, 24.10. (rk) gr. m a y r h o f e r (spoe) beantragte die gewaehrung von subventionen an elf organisationen und einrichtungen in der hoehe von insgesamt 29,5 millionen schilling.

gr. h a h n nahm zu einem punkt der suventionsliste, der gewaehrung eines beitrages der stadt wien in der hoehe von 25 millionen schilling zum bau eines pavillons im hanuschkrankenhaus der wiener gebietskrankenkasse fuer die 3. medizinische abteilung stellung. hahn wuerdigte in diesem zusammenhang die leistungen des leiters dieser abteilung, stadtrat univ.-prof. dr. stacher. hahn uebte aber scharfe kritik daran, dass die verhandlungen zwischen stadt wien und gebietskrankenkasse ueber die erhoehung der pflegegebuehrenersaetze sehr schleppend verlaufen. so seien die erhoehungen der pflegegebuehrenersaetze fuer 1976 erst 1977 rueckwirkend rechtskraeftig geworden. der spitalsabgang in wien betrage laut voranschlag 3,2 milliarden schilling, der buergermeister habe dagegen von vier milliarden, stadtrat stacher nur von 1,7 milliarden gesprochen. stacher habe dabei das allgemeine krankenhaus und das psychiatrische krankenhaus vergessen. aus der erhoehung der mehrwertsteuer entfallen laut buergermeister gratz 31 prozent auf die laender und gemeinden. dies sei ein betrag von einer milliarde schilling, was aber viel zuwenig sei. gratz habe in zwei landeshauptleute-konferenzen mitgestimmt, dass bei den spitaelern eine 80prozentige kostendeckung durch bund und sozialversicherungstraeger anzustreben sei. in wien betrage der kostendeckungsgrad 38 beziehungsweise 46 prozent. wuerde die gebietskrankenkasse 464 schilling pro verpflegstag bezahlen, wuerde sich der kostendeckungsgrad auf 52 prozent erhoehen. dies

sei wohl das mindeste. hahn stellte den antrag, buergermeister gratz moege sich beim obmann der wiener gebietskrankenkasse, sekanina, mit allem nachdruck fuer eine rasche einigung ueber einen vertragsabschluss zur erhoehung der pflegegebuehrenersaetze einsetzen.

stadtrat univ.-prof. dr. stacher (spoe) stellte fest, dass er bei der uebernahme der geschaeftsgruppe die fuehrung der finanzierungsverhandlungen an die finanzverwaltung abgegeben habe, da er selbst angestellter der gebietskrankenkasse sei. in der frage des spitalsabganges gaebe es verschiedene zahlen, je nachdem, was man dazuzaeht. so erfuelle zum beispiel das allgemeine krankenhaus auch forschungs- und lehrfunktionen. es sei ein unterschied, ob man von den spitaelern der stadt wien spreche - dies seien nur die krankenanstalten -, oder von der medizinischen gesamtsituation, zu der selbstverstaendlich auch die pflegeheime, das allgemeine krankenhaus und das psychiatrische krankenhaus zaehlen. von einem "defizit" im ueblichen sinn zu sprechen, sei ueberhaupt falsch. es gehe vielmehr um die frage, wer fuer eine notwendige soziale leistung die kosten in welchem verhaeltnis zu uebernehmen habe. ob bund, land oder sozialversicherung - letzten endes muesse immer die bevoelkerung fuer die gesellschaftlich notwendigen spitaeler aufkommen. die medizinische behandlung jedenfalls muesse gewaehrleistet sein.

stacher wuerdigte die errichtung des pavillons im hanuschkrankenhaus als gemeinsame leistung von bund, land und krankenkasse.

gr. mayrhofer betonte in seinem schlusswort, dass der neue pavillon im hanuschkrankenhaus der wiener gebietskrankenkasse allen patienten zur verfuegung stehen werde. er dankte der initiative stachers, der sowohl seine internationa anerkannte medizinische taetigkeit als auch die funktion des amtsfuehrenden stadtrates voll ausfuelle.

der antrag der oevp sei sinnlos, weil ein verhandlungstermin - 3. november 1977 - bereits feststehe. er empfahl daher, die zuweisung des antrages abzulehnen.

abstimmung: die subventionsliste wurde mit den stimmen der spoe und der fpoe angenommen.

die zuweisung des oevp-antrages wurde mit den stimmen der spoe und der fpoe abgelehnt. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (5):

nachtflugverbot fuer schwechat

13 wien, 24.10. (rk) die oevp-forderung, einen antrag ueber ein eventuelles nachtflugverbot fuer den flughafen wien-schwechat dringlich zu behandeln, wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt. der antrag wurde dem buergermeister zur behandlung zugewiesen. zuvor begruendete gemeinderat d a l l e r (oevp) den dringlichen antrag. zehntausende donaustaedter fuehrten den kampf gegen die zweite piste in schwechat, und bereits im jahre 1974 trat die bezirksvertretung donaustadt einstimmig fuer ein vollstaendiges oder teilweises nachtflugverbot ein. im jahre 1976 gab es in schwechat bereits 4.758 flugbewegungen waehrend der nacht. der fluglaerm fuehrt gerade in der nacht zu stoerungen des menschlichen nervensystems, und es sollten daher schnellstens massnahmen dagegen ergriffen werden. die beispiele in muenchen und zuerich zeigen, dass dies zu keinem rueckgang des chartergeschaeftes fuehren muss.

die notwendigkeit einer dringlichen anfrage ist nicht gegeben, da die von der oevp geforderten massnahmen bereits eingeleitet und geprueft werden, erklarte gr. h o f m a n n (spoe). der zustaendige stadtrat schieder schrieb bereits an alle betroffenen stellen und regte untersuchungen an, wie das problem der nachtfluege in wien-schwechat in zukunft zu loesen sei. vom 1. dezember 1977 bis 28. feber 1978 werden die nachtfluege in wien-schwechat laufend kontrolliert und stadtrat schieder wird noch im jahre 1978 dem gemeinderat ueber diese untersuchungen und eventuelle einschraenkungsmoeglichkeiten berichten. bevor diese fuer eine eroerterung der frage notwendigen unterlagen nicht vorliegen, waere es nicht sinnvoll, ueber ein nachtflugverbot zu diskutieren. (sei) (schluss)